

Berlin

Almanya
Basın Değerlendirmesi



TUSİAD

ALMANYA BASIN DEĞERLENDİRMESİ

TS-BER/2015/10

Die islamische Gegenrevolution

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Von Joseph Croitoru

FAZ, 11.04.2015

Sein Weg in die Moderne folgt einem anderen Kurs: Mit Koranunterricht, Moscheebau, Alkoholverboten und Osmanen-Nostalgie untergräbt der türkische Staatspräsident Erdogan den Kemalismus.

In der Türkei wächst bei den Säkularen die Sorge vor einer Islamisierung der Gesellschaft durch die kontinuierlich erstarkende „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP) von Recep Tayyip Erdogan. Der Prozess der Re-Islamisierung - man könnte auch von einer islamischen Gegenrevolution zur einstigen laizistischen Kulturrevolution Kemal Atatürks sprechen - begann 2012 mit der schrittweisen Aufhebung des Kopftuchverbots für Studentinnen, Parlamentarierinnen und Anwältinnen vor Gericht. Im vergangenen Herbst erfolgte ein weiterer einschneidender Schritt: Das Tragen des Kopftuchs ist Schülerinnen seitdem an öffentlichen Schulen von der fünften Klasse an erlaubt. Das Schulsystem islamischer zu gestalten ist ein besonderes Anliegen der AKP. Bereits 2012 wurde die Schulpflicht von acht auf zwölf Jahre angehoben, mit nun drei statt wie bisher zwei Schulstufen. So kann schon ab der Mittelstufe auf die lange vernachlässigten religiösen Imam-Hatip-Schulen, ursprünglich Lehranstalten für Moscheeprediger, gewechselt werden, die die Regierung neuerdings zügig zu einem parallelen Schulsystem ausbaut. Diese Schulen bekommen Zulauf, seit kurzem übrigens nicht immer freiwillig. Es mehren sich die Fälle, in denen Schüler, die an ihrer staatlichen Schule schlechte Leistungen erbringen, an eine religiöse Schule versetzt werden. Zudem betreibt der Zeitung „Milliyet“ zufolge die Regierung energisch die Umwandlung regulärer Oberschulen in Imam-Hatip-Schulen: Knapp 1500 sollen es seit 2011 sein, und in nur zehn Jahren hat sich die Zahl der Imam-Hatip-Schüler mehr als verzehnfacht (auf etwas mehr als 700.000). Erdogan freilich, der selbst eine solche Schule besuchte und erklärtermaßen eine „junge fromme Generation“ heranziehen will, bezifferte jüngst die Zahl dieser Schüler schon mit einer Million.

Erhebliche Ausweitung der Bautätigkeit

So geschehen kürzlich bei der Einweihung einer neuen Abteilung für theologische Studien an der Universität der südostanatolischen Stadt Gaziantep. Man brauche noch mehr solche Einrichtungen, betonte der türkische Präsident, um die an den religiösen Schulen dringend benötigten Lehrkräfte auszubilden. Dies unterstrich auch die Anwesenheit des türkischen Erziehungsministers Nabi Avci wie des Leiters des staatlichen „Amts für religiöse Angelegenheiten“ (kurz: Diyanet) Mehmet Görmez. Bei dieser Gelegenheit gab Erdogan den Plan zum Bau einer zehntausend Besucher fassenden Moschee in der Stadt bekannt - Teil des Moscheebau-Booms unter der AKP: von 2002 bis 2013 wurden knapp zehntausend neue Gebetshäuser gebaut, ein Zuwachs von rund dreizehn Prozent auf nun etwas mehr als 85.000. Wie viele 2014 errichtet wurden, verrät die offizielle Statistik nicht, aber Diyanet-Chef Görmez sprach im letzten September schon von 90.000 Moscheen, was auf eine erhebliche Ausweitung der Bautätigkeit hinweisen könnte. Die betrifft nun auch die Universitäten, bislang

Bastionen des Laizismus. Sie alle erhalten eigene Moscheen, deren Imame, wie es heißt, das Gespräch mit den Studenten suchen sollen.

Richtung Fundamentalismus

Damit geht ein Ausbau der Religionsbehörde Diyanet einher, deren Leiter Görmez die Ansicht vertritt, dass die türkische Nation den Herausforderungen der Zeit nur dann begegnen könne, wenn ein jeder in den Koran eingeführt würde. Deshalb fördert das Diyanet in den örtlichen Moscheen im Land nach Kräften den freiwilligen traditionellen Koranunterricht, und auch hier hat die AKP die Weichen für eine Vertiefung der Volksfrömmigkeit gestellt: Das bisherige Mindestalter für den Koranunterricht wurde von zwölf Jahren auf drei herabgesetzt. Im vergangenen Dezember sprach sich zudem der nationale Bildungsrat für die Einführung einer „Werteeziehung“ im Kindergarten aus. Ginge es nach Erdogan, würde an regulären Schulen schon für Erstklässler der Religionsunterricht, der heute von zwölf Jahren an Pflicht ist, obligatorisch. Das Thema sorgt auch deshalb für Streit, weil Angehörige der religiösen Minderheit der Aleviten den sunnitisch geprägten Unterricht als Zwangsmaßnahme betrachten und vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mit Erfolg gegen die Teilnahmepflicht geklagt haben. Die türkische Regierung ist nun aufgefordert, diese abzuschaffen, was bislang jedoch nicht geschehen ist. Dass es bei der Umgestaltung des Schulsystems nicht nur in Richtung Konservatismus, sondern auch Fundamentalismus geht, zeigte sich zu Beginn des Schuljahres im Herbst 2014: Aus den Schulbüchern für Sechstklässler wurden im Kapitel über menschliche Fortpflanzung sämtliche Darstellungen von Genitalien entfernt.

Zeichen einer schleichenden Islamisierung

Mit ähnlicher Konsequenz geht die Regierung gegen den Alkoholkonsum vor und lässt sich wie bei den Schulreformen von lauten Protesten nicht beeindrucken. So wurde seit 2010 die Alkoholsteuer sukzessive erhöht und 2013 der Verkauf von alkoholischen Getränken zwischen 22 und sechs Uhr morgens verboten. Im Mai 2013 kam es deshalb im Parlament sogar zu einem Tumult, als der kemalistische Oppositionspolitiker Veli Ağbaba das Alkoholverbot der AKP mit dem von Sultan Murad IV. - bekannt für seine Grausamkeit - verglich und dann auch noch behauptete, der Sultan selbst habe heimlich getrunken. Allen Protesten zum Trotz ist es aber dabei geblieben. Inzwischen darf in der Nähe von Moscheen und Bildungseinrichtungen überhaupt kein Alkohol mehr verkauft und im gesamten Land nicht mehr dafür geworben werden. Nach der nationalen türkischen Fluggesellschaft, die alkoholische Getränke bei ihren Inlandsflügen bereits aus dem Programm genommen hat, werden nun auch in den Hochgeschwindigkeitszügen der türkischen Bahn keine mehr angeboten. Im Kampf gegen den Alkoholkonsum sieht die säkulare Opposition ebenso eine schleichende Islamisierung wie in der Frauenpolitik der AKP. Hier ist die bisherige Bilanz indes weniger eindeutig. Erdogan und seine Entourage sorgen zwar immer wieder mit patriarchalischen Äußerungen zur Rolle der Frau als Hüterin der Familie und Mutter von mindestens drei Kindern für Empörung. Aber die AKP hat durchaus einiges verbessert. So ist die Erwerbsquote der Frauen seit 2003 von rund 25 Prozent zehn Jahre später auf mehr als dreißig gestiegen. Es wurden Familiengerichte eingeführt, doch diese Reformen gehen Frauenrechtlerinnen längst nicht weit genug, und ihren

vehementen Protesten ist es zu verdanken, dass Pläne der Regierung zur Verschärfung der Abtreibungs- und Kaiserschnitt-Regelung 2012 fallengelassen wurden.

Alte Schrift als neues Pflichtfach

Das allerdings ändert wenig an der Grundeinstellung der AKP-Führung - für sie ist Abtreibung Mord -, und die regierungsnahen Medien sorgen durch die Veröffentlichung von Statistiken über Abtreibungs- und Kaiserschnittzahlen dafür, dass diese Themen präsent bleiben. Vor wenigen Tagen löste eine Fatwa des Diyanet Entsetzen aus: Sie erklärte Leihmutterschaft für unislamisch, weil sie „Elemente eines Ehebruchs“ enthalte. Zum Islamisierungsprojekt der AKP gehört auch der „Neo-Osmanismus“, die Inszenierung der Türkei als aufstrebende islamische Großmacht, womit auch der autoritärer werdende Führungsstil Erdogans einhergeht. Von Kritikern wird er deshalb gern als wütiger „neuer Sultan“ karikiert, wie etwa in der kemalistischen Zeitung „Sözcü“, die ihn mit einem Schwerthieb einen blauen Vogel (Sinnbild für Twitter) enthaupten ließ. Die Osmanen-Nostalgie wird von Erdogan und seinen Mitstreitern mit Leidenschaft gepflegt. Seinem jüngsten Aufruf, das in arabischer Schrift geschriebene Osmanisch, das bei Atatürks Sprachreform 1928 durch das Neutürkische abgelöst wurde, an den Schulen als Pflichtfach einzuführen, sind die Gesetzgeber zwar noch nicht gefolgt. Aber die eine oder andere Imam-Hatip-Schule beginnt schon den Osmanisch-Unterricht, der dort nach wie vor Wahlfach ist, zu intensivieren. Auch bieten mittlerweile AKP-nahe Nichtregierungsorganisationen Osmanisch-Kurse an.

Osmanen als makellose Herrscher

Die Osmanen-Kampagne, die in fast jeder türkischen - und inzwischen auch in mancher deutschen - Stadt Auftritte von „Janitscharen-Kapellen“ in historischen Kostümen zur Routine hat werden lassen, ist nicht nur Teil einer kulturpolitischen Restauration, die mit der kemalistischen Tabuisierung der osmanischen Ära aufräumen will. Sie ist vor allem auch ein Instrument zur Festigung der AKP-Herrschaft. Denn bei der Rückbesinnung auf eine als glorreich gefeierte Vergangenheit kann die islamisch-konservative Wählerschaft ein neues Selbstwertgefühl entwickeln - bisher sah sie sich als Opfer des Kemalismus. Empfindungen, die auch durch Wirtschaftswachstum und die wachsende regionale Bedeutung des Landes bestätigt werden. Hinzu kommt, dass das Bild, das die AKP von den Osmanen vermittelt, sie häufig als makellose Herrscher verklärt, was von türkischen Osmanistikforschern als politische Manipulation kritisiert wird. Ihre Wirkung entfaltet sie dennoch. Wer Erdogan als „Enkel der Osmanen“ verehrt, sieht in seinem protzigen Präsidialpalast so wenig Kritikwürdiges wie in den alttürkisch-osmanischen Uniformen und Rüstungen, in die der Präsident neuerdings seine Garde steckt. Wer auch nur darüber scherzt, riskiert Konsequenzen. So musste unlängst ein türkischer Professor, der auf seiner Facebook-Seite die Kostümierung eines der Wächter mit der Frage belächelte: „Welchen alttürkischen Staat repräsentiert der Typ im Bademantel?“, umgehend sein Amt als Dekan der medizinischen Fakultät an der Universität von Pamukkale niederlegen. Die Kritik an der neo-osmanischen Kampagne ändert wenig daran, dass sie das Land noch islamischer färbt.

İSLAMİ KARŞI DEVRİM

Onun modernleşme yöntemi farklı: Kuran dersleri, cami inşası, alkol yasakları, Osmanlı nostaljisi yoluyla Cumhurbaşkanı Kemalismi tersine çeviriyor.

Türkiye'deki laikler arasında sürekli güçlenen AKP'nin toplumu İslamlaştırmasıyla ilgili endişeler hakim. Yeniden İslamlaşma süreci- yeniden çünkü Atatürk'ün laik kültür devrimine yönelik bir karşı devrim denilebilir- 2012'de adım adım başörtüsü yasaklarının kalkmasıyla başladı. Geçen sonbaharda büyük bir adım atılarak devlet okullarında beşinci sınıftan itibaren kız öğrencilerin başörtüsü takabilmesi önündeki engeller kaldırıldı. Eğitim sistemini İslamileştirmek AKP için özel bir anlam taşıyor. Sekiz yıldan oniki yıla çıkan zorunlu eğitim ile İmam Hatip Okulları'nın önü açıldı ve neredeyse alternatif bir eğitim sistemi oluştu. Bu okullara gitmek her zaman gönüllü de olmayabiliyor, birçok öğrenci diğer devlet okullarında başarısız olursa İmam Hatiplere yönlendiriliyor. Milliyet'in haberine göre hükümet birçok liseyi İmam Hatip'e çeviriyor: 2011'de dönüştürülen okul sayısı neredeyse 1500 ve sadece 10 yıl gibi bir sürede İmam Hatipli öğrenci sayısı on katından fazlaya ulaştı (700.000 civarında). Erdoğan kendisi bu okulların etkinliğinde yeni bir dindar nesilden sözetti.

İnşaat Faaliyetlerinde Bariz Artış

Yakın zamanda Gaziantep'teki yeni bir İlahiyat Fakültesi açılışında Cumhurbaşkanı, bu fakültelere olan artan ihtiyacın altını çizdi. Keza Eğitim Bakanı Nabi Avcı ve Diyanet İşleri Başkanı Mehmet Görmez de aynı ihtiyacı vurguladılar. Aynı zamanda on bin kişi kapasiteli bir caminin inşaa planı da tanıtıldı: 2002-2013 arasında on bin yeni ibadethane açıldı, bu yüzde 13'lük bir artışla 85000'den fazla cami anlamına geliyor. 2014'de kaç tane olduğuna dair resmi bir istatistik yok ancak Diyanet İşleri Başkanı'na göre toplam sayı geçen Eylül'de 90000 idi. Tüm bunlar ciddi bir artışa işaret ediyor. Laikliğin temeli gibi görülebilecek üniversitelerin de kendi camileri ve imamaları olacak ve üniversite öğrencileriyle diyalog arayışında olacaklar.

Köktenciliğe Doğru

Diyanet çağımızın zorluklarına karşı Kuran'ın daha iyi öğrenilmesini salık verirken dindarlığın derinleştirilmesi için Kuran dersleri oniki yaşından üçe kadar indirildi: geçen Aralık'taki Milli Eğitim Şurası'nda anaokulu yaşındaki çocukların değerler çerçevesinde yetiştirilmesinden söz ediliyordu. Erdoğan'a göre zorunlu din dersi birinci sınıflara kadar inebilirse de bu konu bilhassa Alevi azınlık tarafından sorun haline getiriliyor ve Avrupa İnsan Hakları Mahkemesi'nde dava konusu oluyor. Hükümetin bu derslere mecburi katılımı kaldırması gerekiyor ama tam tersine okul sisteminin 2014 sonbaharı itibarıyla hem daha muhafazakar hem de daha dindarlaştığının işaretlerini görüyoruz: 6. Sınıf ders kitaplarından insanın çoğalmasıyla ilgili ünitelerden üreme organlarını gösteren çizimlerin dahi kaldırılması örneğinde olduğu gibi.

Gizliden Gizliye İslamlaşma Emlakları

Benzer bir tavırdan alkol tüketimi de nasibini alıyor. 2010'dan itibaren alkole getirilen vergiler ciddi şekilde arttırılırken 2013'de alkollü içeceklerin satışı 22:00 ve 06:00 saatleri arasında yasaklandı. 2013 Mayıs'ında parlamentoda muhalefetten Veli Ağbaba AKP'nin sözkonusu politikalarını Sultan 4. Murat'la kıyasladı. Ancak bu ve benzeri tüm tepkilere rağmen durum değişmedi. Cami ve eğitim kurumları yakınında içki satışı tümüyle yasak olduğu gibi tüm ülkede reklamı da yapılamıyor. THY'nin iç hatlarındaki menüden kaldırılan içecekler hızlı trenlerde de servis edilmiyor. Laik muhalefete göre

alkol tüketiminde olduğu gibi kadın politikasında da gizliden gizliye muhafazakarlaşma görülüyor, ancak şu ana kadar bu konudaki bilanço net değil. Erdoğan ve yakın çevresinin ifadelerinde kadının ailenin temeli ve üç çocuk annesi olarak yansıtılması tepkilere neden olmakta. Ancak AKP'nin bu konuda iyi politikaları da var. Kadınların iş hayatına giriş oranı 2003'ten bu yana yaklaşık yüzde 25'lerden yüzde 30'lara yükseldi. Aile mahkemeleri devreye girdi ve 2012'deki kürtaj ve sezeryanla ilgili tepki toplayan sert kurallar kadın örgütlerinin büyük çabaları sayesinde geçmedi.

Osmanlıca Yeni Ders

Ancak AKP'nin genel tutumunda değişen fazla birşey de olmadı. Diyanet'in yakın zamandaki taşıyıcı anneliği onaylamadığı yönünde bir fetvası yine olumsuz tepkilere yolaçtı. AKP'nin İslamlaşma projesinin önemli bir yapı taşı da Yeni Osmanlıcılık diye adlandırılabilir. Türkiye'nin yükselen bir İslami güç olması ve Erdoğan'ın otoriter yönetim stili bunun bir uzantısı olarak görülebilir. Sözcü gibi Kemalist gazeteler ve diğer eleştirmenler Erdoğan'ı yeni bir sultan olarak karikatürize ediyorlar. Osmanlı nostaljisi Erdoğan ve taraftarları tarafından ise büyük bir heyecanla destekleniyor. Osmanlıca'ya ders olarak okullarda yeniden okutma yönündeki çağrısı henüz kanun koyucu tarafından desteklenmedi. Ancak bazı İmam Hatip liselerinde Osmanlıca dersi seçmeli ders de olsa mevcut. AKP'ye yakınlığıyla bilinen kurumlardan da Osmanlıca dersi sunmaya başlayanlar oluyor.

Kusursuz Yönetici Osmanlılar

Osmanlı kampanyası, sadece yeniçeri vs. gibi tarihi kostümlerle siyasi kültürün bir restorasyonu değil, aynı zamanda Osmanlı döneminin Kemalist tabulaştırılmasının da sona erdirilmesi anlamına geliyor. Ama bu bir yandan AKP'yi güçlendirecek bir araç olarak da kullanılıyor. Geçmişin zaferlerle dolu hatırası bu döneme kadar kendini Kemalizmin kurbanı gibi gören İslami muhafazakar seçimde yeni bir özgüven yeşertiyor. Bu algılar ekonomik büyüme ve ülkenin artan bölgesel önemiyle de örtüşüyor. Ek olarak, AKP'nin Osmanlılara dair yansıttığı kusursuz yönetici şeklindeki imaj, Osmanlı tarihçileri tarafından siyasi manipülasyon olarak eleştiriliyor. Yine de bu olumlu imaj işe yarıyor. Erdoğan Osmanlı'nın torunları olarak saygı toplarken, Saray'da geleneksel üniformalarıyla muhafızlar görev alıyor. Kim bunu espri konusu yaparsa da sonuçlarını düşünmek zorunda. Örneğin Facebook sayfasında bir muhafızın giyimiyle alenen dalga geçen Pamukkale Üniversitesi Tıp Fakültesi Dekanı'nın işini kaybetmesi gibi. Yeni Osmanlı kampanyasına yönelik eleştiriler ülkenin günden güne daha İslami bir renge bürünmesini pek etkilemiyor.

"Seit die AKP an der Regierung ist, herrscht hier mehr Toleranz"

DIE  ZEIT

von Özlem Topcu

die Zeit, 22.04.2015

War es ein Genozid an den Armeniern? Etyen Mahcupyan, armenischer Chefberater des türkischen Premiers, über die Folgen von 1915 und darüber, wie Erdoğan das Land umbaut.

ZEIT ONLINE: Herr Mahçupyan, Sie sind Chefberater des türkischen Premierministers und Armenier – würden Sie sagen, es gab 1915 einen Genozid an den Armeniern oder nicht?

Etyen Mahçupyan: Dieses Ereignis ist nicht 1915 zu Ende gegangen. Seine Spuren findet man noch lange danach in der politischen Führung der Türkei. Es war eine Politik der kulturellen Vernichtung, der Verdrängung und Vertreibung. Eine Politik, die zu Entmenschlichung und Kulturlosigkeit führte. Das hat sich erst vor Kurzem geändert.

Was den Begriff Genozid angeht, gibt es eine von den Vereinten Nationen festgelegte, wenn auch recht lasche Definition. Es muss nicht jemand sterben, damit ein Vorfall als Genozid gilt. Es reicht zum Beispiel schon, wenn Kinder ihren Müttern entrissen werden. Diese Definition ist sehr weit gefasst. Sie erfordert, dass wir etliche Ereignisse auf der Welt als Genozid anerkennen müssten. 1915 ist eines dieser Ereignisse. Wenn ich das, was 1915 geschah, mit der UN-Definition vergleiche, wird deutlich, dass man von einem Genozid sprechen muss. Aber letztlich ist das eine Definition. Die Welt, vor allem aber die Menschen in der Türkei, müssen verstehen, was damals passiert ist. Das ist wichtiger als die Frage, welchen Namen man dem geben will.

ZEIT ONLINE: Es fällt den Türken sehr schwer, sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen, richtig?

Mahçupyan: Das ist sehr schwer, weil die Menschen in der Türkei dahinter kommen, dass sie im Geschichtsunterricht belogen worden sind. Das verletzt ihren Stolz und löst einen Selbstschutzreflex aus.

ZEIT ONLINE: Und auch viel Nationalismus ...

Mahçupyan: Richtig. Doch wer sich dafür interessiert, kann sich schnell informieren. In der Türkei gibt es unzählige Bücher zu diesem Thema. Der Meinungsfreiheit sind in der Genozid-Debatte keine Grenzen gesetzt: Ohne Konsequenzen befürchten zu müssen, kann man den Begriff "Genozid" verwenden. Aber wie viele interessieren sich schon dafür? Es geht langsam voran, es braucht dafür noch eine Generation.

ZEIT ONLINE: Als die türkische Republik gegründet wurde, wurde alles abgelehnt, was von den Osmanen zurückgeblieben war: ihre Sprache, ihr Geld, ihr politisches System. Warum wird dieses Verbrechen nicht auch abgelehnt? Das ist doch das Verschulden eines Systems, das vergangen und untergegangen ist.

Mahçupyan: Weil es doch eine nahtlose Kontinuität zur türkischen Republik gab. Die Kader des "Komitees für Einheit und Fortschritt"...

ZEIT ONLINE: ...die treibende politische Kraft hinter dem Völkermord...

Mahçupyan: ...sind überwiegend im republikanischen System untergekommen. Ihre Ideologie und Mentalität, die türkisch nationalistisch ist, hat sich vor allem in der Bürokratie festgesetzt und bestimmt dort die Haltungen meiner Meinung nach noch bis heute. Sie ist von außen nicht leicht zu durchbrechen. Seit die AKP an der Regierung ist, herrscht hier mehr Toleranz. Wer Armenier in der eigenen Familie hat, kann das heute problemlos äußern. Das ist etwas ganz Neues. Es gab politische Vorstöße wie die Beileidsbekundung am 24. April vergangenen Jahres von Recep Tayyip Erdoğan oder die Botschaften von Premier Ahmet Davutoğlu zum Todestag des ermordeten Journalisten Hrant Dink.

ZEIT ONLINE: Vor einigen Tagen hat auch der Papst von einem "Völkermord" gesprochen – und harte Kritik von Erdoğan und Davutoğlu bekommen. Nun sprechen Sie als enger Berater auch von "Völkermord" – wie passt das alles zusammen?

Mahçupyan: Viele benutzen diesen Ausdruck in der Türkei, und weder Staatspräsident noch Premier beschwerten sich. Das wichtige beim Papst ist nun mal – dass er der Papst ist und die Tatsache, dass er von Völkermord spricht, Wirkung auf die Politik hat. Was nun meine Position angeht: Wenn Politiker nur Berater einstellen, die ihrer Meinung sind – was gibt es dann noch zu beraten? Aber vielleicht würde ich auch anders sprechen, wenn ich die Verantwortung eines Premiers tragen würde.

ZEIT ONLINE: Einen Tag, nachdem Sie kürzlich in türkischen Medien von "Völkermord" sprachen, hieß es plötzlich: Chefberater Mahçupyan ist zurückgetreten. Zufall?

Mahçupyan: Ich bin seit Anfang März in Rente, damals war es keine Nachricht wert. Jetzt versuchen politische Gegner natürlich, einen Zusammenhang herzustellen, um die AKP-Regierung anzugreifen.

ZEIT ONLINE: Reden wir über türkische Politik. Warum will der Staatspräsident ein Präsidialsystem, also mehr Macht für sich?

Mahçupyan: Um wichtige Entscheidungen auch umsetzen zu können, gegen die sich die nationalistisch eingestellte Bürokratie wehrt. Als gewählter Politiker sind Sie von deren Wissen und Kooperationsbereitschaft abhängig. Wenn Sie dazu noch die Macht der Gülen-Bewegung (des Predigers Fetullah Gülen und seiner Anhänger, Anm. d. Red.) einrechnen, wissen Sie, warum ein Präsidialsystem gefordert wird. Außerdem: kein Präsidialsystem der Welt kann der AKP-Regierung mehr Macht zusprechen als das jetzige parlamentarische System. Unsere Verfassung stammt vom Militärputsch 1980. Die Putschisten gingen davon aus, dass von nun an immer Militärs den Posten des Präsidenten besetzen würden, und haben diesen reichlich mit Kompetenzen ausgestattet, aber nicht mit Verantwortung. So betrachtet könnte ein Präsidialsystem durch ausgleichende und kontrollierende Mechanismen mehr Ordnung bringen.

ZEIT ONLINE: Laut aktueller Umfragen ist das Volk eher abgeneigt. Die Menschen wollen nicht, dass die gesamte Macht in der Hand eines Mannes ist.

Mahçupyan: Wenn es das Ziel des Präsidialsystems wäre, würden auch die AKP und das religiöse Lager das ablehnen. Aber man kann auch eine sehr gute Version des Präsidialsystems einführen, in dem der Präsident eben nicht alle Macht hat.

ZEIT ONLINE: Meinen Sie wirklich, dass es eine gute Idee ist, in einer noch nicht etablierten Demokratie ein Präsidialsystem einzuführen?

Mahçupyan: Wir haben aktuell ein System, das sich parlamentarisch nennt, aber eigentlich ein Mehrparteiensystem unter der Vormundschaft des Militärs ist. Noch haben wir die Schwelle zur Demokratie nicht überschritten. Diesen Übergang können wir nun mit dem richtigen parlamentarischen System oder dem richtigen präsidialen System schaffen – beides geht.

ZEIT ONLINE: Das Volk hat einen Präsidenten gewählt, nicht aber einem Präsidialsystem zugestimmt. Es will dieses System nicht.

Mahçupyan: Natürlich, das Volk muss explizit in einem Referendum zustimmen. Da kann es keinen automatischen Übergang geben. Im Vorfeld werden wir mindestens ein bis anderthalb Jahre die neuen Gesetze Artikel für Artikel ausdiskutieren. Wir werden

mit der Präambel beginnen. Wir werden darüber reden, was da stehen soll. Wird das Wort kemalistisch (Verweis auf den türkischen Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk, Anm. d. Red.) vorkommen oder nicht? Werden wir von Menschenwürde reden oder von der Ehre? Wie fängt die Präambel an? Mit "Wir Menschen" oder mit "Der Staat"? Mit der jetzigen Verfassung kann man unmöglich weitermachen, sie ist ein Skandal. Das Parteiengesetz, das Wahlrecht – mit all dem kann man keine Demokratie gestalten.

ZEIT ONLINE: Warum hat die AKP dann die Zehn-Prozent-Hürde, die kleineren Parteien den Zugang zum Parlament erschwert, nicht abgeschafft?

Mahçupyan: Niemand in der AKP befürwortet diese Hürde. Sie hat absolut pragmatische Gründe.

ZEIT ONLINE: Meinen Sie mit pragmatisch, dass es für die AKP so einfacher ist, ihre Umbaupläne durchzusetzen? Nach dem Motto: "Wir werden mit wenig Demokratie mehr Demokratie bringen"?

Mahçupyan: Die AKP sagt: "Ich will Demokratisierung für dieses Land. Trotz des Widerstandes gegen mich, führe ich diesen Kampf. Ich werde meine Möglichkeiten bis zum Ende ausschöpfen." Sie behauptet nicht, dass diese Möglichkeiten legitim wären, wohl aber, dass sie in der Politik legitim sind.

ZEIT ONLINE: Als die AKP an die Regierung kam, wurde die Türkei weltweit als Modell für eine Regierungsform betrachtet, die den Islam mit der Demokratie versöhnt. Heute sind viele enttäuscht. Jetzt soll auch noch in einer nicht etablierten Demokratie das Präsidialsystem eingeführt werden. Hat der "böse Blick" das Land getroffen?

Mahçupyan: Sicher hat unsere politische Kultur etwas damit zu tun, und auch die Medien betonen vor allem Streitigkeiten, Kämpfe und Provokationen. Aber man darf nicht vergessen: Nachdem die AKP an die Regierung kam, wurden einige Vorstöße für militärische Interventionen unternommen. Man hat versucht zu verhindern, dass Abdullah Gül Staatspräsident wurde, wollte die AKP dichtmachen. Dann kamen die Gezi-Proteste. Zeitgleich führte Sissi den Militärputsch in Ägypten durch, mit Zustimmung des Westens. Da hat die AKP ihr Gefühl für einen Gleichschritt mit dem Westen verloren, weil sie gesehen hat, dass der Westen in Ländern wie unseren immer noch Militärputsche unterstützen kann. Wenn die AKP diese Wahl mit den gleichen Stimmanteilen gewinnt, glaube ich, dass sich die Stimmung in der Türkei innerhalb eines Jahres beruhigen wird. Vor allem die Wirtschaft wird sich nie mit einer Regierung anlegen wollen, die beständig ist und etliche Reformen, Erneuerungen bringen will. Sie will vielmehr ein Teil dessen sein.

ZEIT ONLINE: Neulich hat Selahattin Demirtaş, der Spitzenkandidat der oppositionellen kurdischen HDP, zum Präsidenten gesagt: "Wir werden dich nicht zum Präsidenten machen", also Widerstand gegen den Umbau zum Präsidialsystem angekündigt. Wie bewerten Sie das?

Mahçupyan: Es gibt zwei Wege für die HDP, um über die Zehn-Prozent-Hürde zu kommen. Sie kann entweder nur auf den Friedensprozess mit den Kurden setzen und so die Stimmen einiger kurdischer AKP-Anhänger gewinnen. Oder sie peilen die Stimmen von eher linksliberal orientierten Bürgern an. So wie es aussieht, scheint es aber das Hauptziel auch der HDP zu sein, Erdoğan als Präsident zu verhindern. Viele warten nur darauf, dass die HDP die Zehn-Prozent-Hürde überschreitet und die AKP ausbremst.

ZEIT ONLINE: Das wäre dann auch eine politische Entscheidung der Wähler.

Mahçupyan: Natürlich, da ist nichts Illegitimes dran.

ZEIT ONLINE: Wird es eine Einigung mit den Kurden geben?

Mahçupyan: Eigentlich gab es schon eine Einigung mit den Kurden. Die Türken sind nun damit einverstanden, mit den Kurden zu leben. Das ist sehr wichtig. Und die beiden Delegationen, die über den weiteren Weg im Friedensprozess verhandeln, haben mittlerweile eine vertrauensvolle Beziehung zueinander. Nun müssen sie, mitten im Wahlkampf, ihre Gefolgschaft überzeugen. Stünden nicht die Wahlen bevor, könnten die Gespräche und Verhandlungen viel entspannter verlaufen. Man muss sich auch die kurdische Basis anschauen. Seit 30 Jahren erzählt man ihnen, dass es einen Sieg geben wird. 'Wir werden als Sieger hervorgehen', hieß es früher. Jetzt heißt es: 'Wir werden zusammen leben.' Die Menschen davon zu überzeugen, ist gar nicht so einfach.

ZEIT ONLINE: Aber die Kurden erleben derzeit einen anderen Sieg – nämlich gegen den IS.

Mahçupyan: Solange es nicht von Dauer ist, bin ich nicht dafür, dass man vom 'Sieg' spricht.

ZEIT ONLINE: Aber es ist ein großer Schritt gegen den IS gemacht worden.

Mahçupyan: Ja, und zwar Dank einer Zusammenarbeit zwischen AKP und kurdischer Seite, das ist sehr bemerkenswert. Ein Ergebnis dieser Kooperation ist die reibungslose Evakuierung des Süleyman-Şah-Grabmals.

ZEIT ONLINE: Warum fühlt sich die Türkei dann dermaßen gestört von der kurdischen Eigenständigkeit in Nordsyrien, in Rojava?

Mahçupyan: Bei dem Thema gehen Innen- und Außenpolitik ineinander über. Wer sich nicht mit der PKK einigen will, will auch nicht, dass die PKK bzw. die PYD in Syrien an Einfluss gewinnt. In der Auseinandersetzung mit dem IS hat die Türkei die PYD zu Pluralismus aufgefordert, also dazu, auch mit anderen Kräften zusammenzuarbeiten. Heute wissen wir, sollte die Region Rojava zukünftig eigenständig werden, wird sie pluralistisch regiert werden. Wenn das gelingt, ist die Türkei fast an einem Punkt angelangt, an dem sie einen kurdischen Nachbarn oder Syrien dem IS vorziehen würde.

ZEIT ONLINE: Neulich haben Sie auf einer Konferenz in Berlin in Bezug auf die AKP und die PKK gesagt: 'Weder sind die einen demokratisch, noch die anderen.' Wird ihr Chef nicht sauer, wenn Sie sich auf diese Weise äußern?

Mahçupyan: Ahmet Davutoğlu weiß mindestens so gut wie ich, wie es um die Demokratie in der Türkei steht. Mag sein, dass wir Gefallen an der Demokratie finden und uns von Zeit zu Zeit demokratisch verhalten, aber eine Kultur der Demokratie existiert noch nicht.

"AK PARTİ HÜKÜMETİYLE TÜRKİYE'DE TOLERANS ARTTI"

1915 olayları soykırım mıydı? Tayyip Erdoğan neden ısrarla başkanlık sistemi istiyor? Başbakan Ahmet Davutoğlu'nun başdanışmanı Etyen Mahçupyan ZEIT ONLINE'a konuştu.

ZEIT ONLINE: 24 Nisan yaklaşıyor. Bir Ermeni olarak 1915/16 olaylarını nasıl değerlendiriyorsunuz? Yaşananları nasıl tanımlayalım? Soykırım mı, değil mi?

Etyen Mahçupyan: 1915'te bitmiş bir olaydan bahsetmiyoruz. Devamı var. Devamı Cumhuriyet'in politikalarına da işlemiş durumda ve çok yakın zamana kadar da aynı

politikalar devam etmişti. Dolayısıyla kültürel imha, kültürel sıkıştırma, kovma, dışa doğru bir basınçla bir şekilde insansızlaştırma ve kültürsüzleştirme politikası bu. Soykırım meselesine gelince bunun Birleşmiş Milletler'in koyduğu bir tanım var, epeyce gevşek bir tanım. Hiç kimse ölmese bile soykırım tanımına uyacak olaylar olabilir. O var. Mesela çocukların annelerinden alınması yeterli bir madde olarak geçiyor. O kadar geniş ki, burada zaten tüm dünyada olan bir sürü olayın soykırım olduğunu baştan kabul etmemizi gerektiriyor. 1915 de onlardan biri. 1915 olaylarını tanım ile yan yana koyunca buna soykırım denmesi gerektiği çok açık. Ama bu terimin çok da anlamlı olmayan bir noktaya sürüklenmiş olduğunu da düşünüyorum çünkü dediğim gibi çok geniş bir tanım. Yani yaşanmış olayın kendisi olmaktan ziyade yaşanmış olayın sonrasında ona verilen bir ad. Ben bu addan ziyade yaşanmışlığın çok daha önemli olduğunu düşünüyorum. Ermenilere ve o dönem Rumlara, Süryanilere ve daha sonra Yahudilere edilenler var, varlık vergisiyle mesela. Tüm olaya baktığımızda olayın adının ne olduğundan ziyade bunun böyle yaşanmışlığının bence herkes tarafından özellikle Türkiye'deki insanlar tarafından anlaşılması lazım.

ZEIT ONLINE: Geçmişleriyle hesaplaşmak Türklere çok zor geliyor, değil mi?

Mahcupyan: Çok zor çünkü Türkiye'deki insanlar kendilerine tarih olarak öğretilen şeyin gerçek olmadığını epeyce yalan dolan, palavra içerdiğini keşfettiler. Fakat bu keşif kendiliğinden doğru tarihin ne olduğunu söylemiyor ve Türkiye'deki insanlar da bu tarihi yabancılardan öğrenmek istemiyor. Öyle bir gurur veya kendini koruma güdüsü de var.

ZEIT ONLINE: Milliyetçilik de var...

Mahcupyan: Bunun dışında da milliyetçilik tabii ki var. Ama şu anda geldiğimiz noktada bir çok insan kendilerine okulda öğretilen tarihin çok anlamlı olmadığını biliyor. Dolayısıyla 1915 ve civarındaki olayların da ona anlatıldığı gibi olmadığını artık farkında. Şöyle söyleyeyim: Meraklıysanız çok hızlı öğrenebilirsiniz. Türkiye'de bu konuda basılmamış kitap kalmadı ve bu anlamda ifade özgürlüğü son noktasında sayılabilir soykırım meselesinde. Hem kelimeyi kullanmanın hiçbir maliyeti yok kullanana, hem de çok sayıda gerçekten kitap yayınlanıyor. Ama tabii kaç kişi buna öyle bir merak duyup da öğrenecek? Yavaş oluyor ve yeni jenerasyonlarla ilerliyor. Bir jenerasyon daha lazım buna. Olayı hala düzeltmiş değiliz, hala okul kitapları çok çok kötü.

ZEIT ONLINE: Türkiye Cumhuriyeti kurulduğunda Osmanlı'ların her şeyi reddedildi: dili, parası, siyaset sistemi. Bu felaketi neden reddetmiyorlar? Geçmiş, batmış bir sistemin suçu bu.

Mahcupyan: Çünkü burada bir süreklilik var. Yani İttihat ve Terakki kadroları büyük ölçüde Cumhuriyet'te yer aldılar, politikacıları politikada devam etti ve entelektüel camia gene kendi çevresinde. Cumhuriyet ideolojisi olan İttihatçı ideolojisi milliyetçilik bağlamına çok uzak bir ideoloji değildi zaten. Öyle olunca da o süreklilik özellikle bürokrasiye sinmiş durumda. Bürokrasinin mantalitesi bence hala bugün bile İttihatçı zihniyetinin mantalitesi. Öyle kolay kolay dışardan kırılabilir gibi değil. İlk defa AK Parti hükümetiyle beraber bir zihinsel çoğulculuşma yaşıyoruz. Yani birbirimize karşı tolerans artıyor, birbirimizin varlığından haberdar olmaktan memnun olabiliyoruz. Kendi ailelerinde Ermeni olan insanlar bunu şimdi çok rahat söyleyebiliyorlar, bu çok yeni bir şey. Herkes bir de bunu anlatmaktan hoşlanıyor çünkü bu çoğulculuk aile

yapısının iyi bir şey olduğuna dair bir kanaatimiz var. Buna paralel olarak da taziye mesajı vesaire gibi şeyler oldu. Ahmet Davutoğlu Hrant Dink'in ölüm yıl döneminde bu sene yine bir mesaj yayınladı.

ZEIT ONLINE: Papa geçen hafta 1915 olaylarına "soykırım" dedi, Cumhurbaşkanı ve Başbakan tarafından sert tepkiler yağdı. Peki siz Başbakan'ın başdanışmanı olarak bu terimi kullanıyorsunuz - bu nasıl uyuyor?

Mahçupyan: Türkiye'de birçok kişi bu terimi kullanıyor ve ne başbakan ne de cumhurbaşkanı bir itirazda bulunmuyor. burada önemli olan papa'nın böyle bir cümleyi tercih etmesi, çünkü temsili bir makamda oturuyor ve tercihi kurumsal siyaseti yansıtıyor. ayrıca siyasetçiler ile danışmanları arasında çeşitli konularda görüş farklılıkları olmasından daha doğal ne olabilir? siyasetçiler her konuda kendileriyle aynı fikirde kişileri danışman yapsalar neyi danışacaklar? öte yandan bu konuda asıl önemli olan siyasetçi ile danışman arasında görev ve sorumluluk farkı olması. yani ben de başbakanın sorumluluğunu taşıyor olsaydım muhtemelen onun gibi konuşurdum.

ZEIT ONLINE: Gelibolu kutlamaların 23/24 Nisan'da yer alması sizce iyi bir karar mı?

Mahçupyan: Bu bir siyasi tercih. toplum psikolojisi açısından Türkiye'de çok olumlu bir işlevi oldu. ayrıca Ermeni meselesine bir denge getirdiği ölçüde Ermeni konusunun da daha rahat tartışılmasına yol açma imkanı sağladı.

ZEIT ONLINE: Yaş haddinden dolayı görevden ayrıldığınızın haberi hemen "soykırım" dedinizden sonra ortaya çıktı. Tesadüf mü?

Mahçupyan: Yaş haddinden ötürü mart başında emekli oldum ama öğrenildiğinde haber olmadı. şimdi soykırım konusunda hükümeti yıpratmayı düşünenler emekli olmamı sanki şimdi olmuş gibi sunarak kendilerince 'siyaset' yaptıklarını sanıyorlar.

ZEIT ONLINE: Türkiye'nin gündeminden bahsedelim. Cumhurbaşkanı neden başkanlık sistemini istiyor?

Mahçupyan: Eğer tek bir cümleyle çarpıcı bir şekilde söylemek gerekiyorsa: Bu biraz önce İttihatçı, milliyetçi ve aynı zamanda şu andaki değişime belki genetik kodları nedeniyle direnmekte olan bürokrasiyi baypas etmek için. Esas olay kararları hayata geçirebilmek. Çünkü bürokrasi direnme yeteneğine sahip Türkiye'de. Çok köklü bir kurumsal yapı. Ve seçilmiş insanın elinde hiçbir bilgi yok. Burada öyle bir asimetri var ki, bütün bilgi birikimi esas olarak askerde olmak üzere bürokraside toplanmış durumda. Ve siz herhangi bir konuda bilgi sahibi olmak istiyorsanız onların önünüze koyduğu dosyayla yetinmek durumundasınız. Ve bu da Türkiye gibi şu anda bir take-off yakalamak üzere olan bir ülkede çok büyük bir ayak bağı. Bir de bunun üzerine Gülen Cemaati'nin oradaki hakimiyetini koyduğunuz zaman anlıyorsunuz neden başkanlık sisteminin istendiğini. Hiçbir başkanlık sistemi şu andaki parlamenter sisteminden daha büyük bir güç veremez AK Parti'li yönetime. Milletvekili çoğunluğu parlamentoyu hükümetin uzantısı haline getiriyor ve yürütmeye büyük güç veriyor. 12 Eylül anayasası hep askerlerin cumhurbaşkanı olacağını hayal ettiği için oraya bir sürü yetki vermiş ama hiç sorumluluk vermemiş. O sorumsuz cumhurbaşkanı şu an Tayyip Bey.

Bu yüzden de, bu kadar antidemokratik bir yönetim tarzını siz isteseniz de kuramazsınız. Öyle bakıldığında başkanlık sistemi bunu çok daha yere oturtacak ve denge/denetleme mekanizmaları getirecek olan bir yapı. Buna rağmen AK Parti bunu istiyor çünkü AK Parti kararların hayata geçebilmesini istiyor.

ZEIT ONLINE: Anketlere göre halk buna pek sıcak bakmıyor. Bütün güç bir adamın elinde olmasın diyor.

Mahcupyan: 'Bütün güç bir elde olsun mu?' diye sorarsak, Türkiye'de yüzde 95'i hayır derdi. Eğer başkanlık sistemi öyle bir şey olacaksa zaten AK Parti'liler de, İslami kesim de hayır derdi. Ama başkanlık sisteminin çok iyisi de olabilir. Geçenlerde Davutoğlu çok net olarak söylediği gibi: Biz önce iyi bir anayasa yapacağız, o iyi anayasanın çizdiği sınırlarda en muhtemel başkanlık sistemini de AK Parti olarak önereceğiz. Ve anayasa insan hakları, demokratikleşme vesaire babında doğru dürüst bir anayasa olacak. O anayasanın içinde de tabii ki 'checks and balances' de olacak. Zaten şu anda AK Parti'nin çalıştığı modelde güçlü başkan güçlü başbakan şeklinde bir yapı hayal ediliyor. Yani başkan her şeyden sorumlu olmuyor. Böyle bir şey istenmiyor zaten.

ZEIT ONLINE: Tam yerleşmemiş bir demokrasiye başkanlık sistemi getirmek gerçekten sizce iyi bir şey olabilir mi? İnsanlar şüpheli, bu çok net.

Mahcupyan: İnsanların tedirginliklerini anlıyorum. Daha otoriter bir rejimin gelme ihtimalini düşünürlerse her türlü teklife hayır diyeceklerdir. Öte yandan demokrasi yerleşmemiş bir ülkede başkanlık sistemi zor ve tehlikeliyse parlamenter sistem de çok zor ve tehlikeli, nitekim şu anda biz bunu görüyoruz. Bizde parlamenter dediğiniz bir sistem var ama aslında askeri vesayet altında çok partili bir sistem bu. Biz parlamenter rejimini de becerememiş olan bir toplumuz. Biz aslında demokrasi öncesindeyiz. Biz daha demokrasi denen o eşiği geçemedik. Bu geçiş doğru bir parlamenter sistem veya doğru bir başkanlık sistemiyle olabilir, ikisi de olabilir. Şu andaki Türkiye'nin koşulları başkanlık sistemini öne çıkartıyor, iki nedenden ötürü: Birincisi; çok uzun zamandır bayağı çok yetkili cumhurbaşkanlarıyla yönetiliyoruz. İkincisi; halkın seçtiği bir cumhurbaşkanı var şu anda.

ZEIT ONLINE: Ama halk cumhurbaşkanını seçti, başkanlık sistemini onaylamadı.

Mahcupyan: Tabii, zaten o ayrıca onaylanmak zorunda. Burada otomatik bir geçiş olamaz. Anayasa olacak, anayasa referanduma gidecek ve referandumda onaylandığı ölçüde hayata geçecek. Onun öncesinde de en az bir, bir buçuk yıl madde madde tartışacağız. Dibaceyle başlayacağız, girişte ne yazılacak konuşulacak, herhalde çok uzun süre Türkiye sırf onun üzerine tartışacak. Orada Kemalist lafı geçecek mi, geçmeyecek mi, insan haysiyeti mi olacak, insan onuru mu, 'Biz insanlar' diye mi başlayacak, 'devlet' diye mi? Şu andakiyle yürümeniz çok zor, skandal aslında. Türkiye'nin ihtiyacı bu ama siyaset buna el verir mi, vermez mi, bunları göreceğiz. Şu andaki anayasaya bağlı olan partiler yasası, seçim yasası, bütün bunlarla zaten demokrasi olunmaz. Türkiye şu anda demokratikleşen bir ülke. 'Demokrasi daha değiliz' diye bakmamız lazım ki bu geçişi yapabilelim. Çünkü yoksa biz bunu becerdik dediğimiz zaman gene alaturka bir yerlerde kalabiliriz diye düşünüyorum.

ZEIT ONLINE: Öyleyse AK Parti şimdiye kadar yüzde 10 barajını neden kaldırmadı?

Mahcupyan: AK Parti yalnız bırakılmış bir parti, özellikle CHP tarafından. AK Parti'nin uzattığı eli CHP tutmak istemiyor. Birlikte anayasa, yargı reformu yapmak istemiyor. O zaman da AK Parti kendi çoğunluğunu ve maksimum milletvekilini garanti etmeye öncelik verdi ve bundan sonra da, bu virajı dönene kadar böyle devam etmek istiyor. Ayrıca şöyle bir meşruiyeti de var: AK Parti yüzde 10 barajıyla yola çıkmıştı, buna rağmen buralara kadar geldi.

ZEIT ONLINE: Ama bu barajı doğrulamıyor.

Mahcupyan: Tabii ki. AK Parti'li insanlara sorsanız hiç kimse barajı savunmuyor. Bu tamamen pragmatik bir nedenle olan bir hikaye.

ZEIT ONLINE:Pragmatik dediğiniz 'az demokrasiyle çok demokrasi getireceğiz' anlamına mı geliyor?

Mahcupyan: AK Parti 'Ben bu ülkeyi demokratikleşmeye doğru götürmek istiyorum ve bu ülkede bana karşı olan bu dirence rağmen bir kavga yürütüyorum, dolayısıyla elimdeki imkanları sonuna kadar kullanacağım.' diyor. Bu imkanların etik anlamda doğru olduğunu, meşru olduğunu savunmuyor, siyasette meşru olduğunu savunuyor. Doğru bir siyasetle biz HDP'nin de bu barajı geçeceğini biliyoruz aslında.

ZEIT ONLINE: Bu sistemin doğru çözüm olduğuna gerçekten ikna oldunuz mu siz?

Mahcupyan: Görmemiz lazım. AK Parti'nin önerisini göreceğiz, toplum olarak tartışacağız. Ve toplum anlayacak, anladıktan sonra tercihini yapacak. Yüzlerce kamuoyu araştırması yapılacak. Dolayısıyla eğer toplumun rahatsızlığı varsa, muhtemelen partiler bunu değiştirecek. AK Parti zaten kesinlikle toplumun nabzını çok fazla tutan bir parti. AK Parti 2002'de kazandığında 30'lu rakamlardaydı. Türkiye'yi demokratikleştirdiği için 50'ye çıktı. Bu aptal bir parti değilse demokratikleştirmeye devam ettikçe oyu yükselecek demektir.

ZEIT ONLINE: AK Parti hükümete gelince bütün dünya Türkiye'yi bir model olarak gördü: Müslümanlığı ve demokrasiyi barıştıran bir yönetim olarak algıladı. Şimdi birçok insan hayal kırıklığı yaşıyor ve şimdi de yerleşmemiş bir demokraside başkanlık sistemi isteniyor. Nazar mı değdi memlekete?

Mahcupyan: Siyaset kültürümüzün muhakkak ki payı var bunda. Medyanın kültürü de çok kötü bir kültür, özellikle kavgayı öne çıkartan, çatışmayı, ayrılıkları öne çıkartan tahrik edici bir kültür. Ama şöyle bir arka plan var: AK Parti başa geldi, darbe girişimleri yapıldı birkaç tane, Abdullah Gül'ün cumhurbaşkanlığı engellenmeye, AK Parti kapatılmaya çalışıldı; ardından geldik Gezi olayına, Gezi olayı olurken Sisi darbesi yapıldı Mısır'da. Batı; Sisi darbesini onayladı ve AK Parti o andan itibaren Batı'yla olan birlikte yürüme hissini kaybetti. Çünkü Batı'nın bizim tür ülkelerde darbeleri hala destekleyebildiğini gördü. Ondan sonra 17-25 Aralık olaylarına geldik. Ve buna paralel olarak 2014 ve 2015'te üç tane seçim var: yerel seçim, cumhurbaşkanlık seçimi ve genel seçim. Ondan sonra artık dört yıl seçim yok. Bu üç seçimlik virajda AK Parti'yi indirdiniz indirdiniz. Yoksa yeni bir on yıllık dönem başlıyor. Bu duygu iki cepheye böldü toplumu. Böyle olunca bütün siyasetçiler biraz daha radikalize oldular. Daha radikal gözükmek zorunda kaldılar. Eğer AK Parti bu seçimi gene aynı oranlarda kazanırsa, ben bunun bir dört sene daha devam edeceğini hiç sanmıyorum. Bir sene içinde önemli bir yumuşamaya doğru gideceğini düşünüyorum Türkiye'nin. Ve bunun en önemli nedeni iş dünyası. Hiçbir iş dünyası kalıcı ve bir takım reformlar, yenilikler yapmak isteyen bir hükümet varken o hükümetle kavga etmek istemez. Onun parçası olmak ister.

ZEIT ONLINE: Şu an AK Parti içerisinde var olan kavgayı bize izah edebilir misiniz? Bülent Arınç da başkanlık sistemine çok sıcak bakmıyor sanki.

Mahcupyan: AK Parti içinde bir çok insan defalarca değişik fırsatlarla çok rahat bir şekilde ne düşündüklerini söylediler.

ZEIT ONLINE: Ama şimdiye kadar bu seviyede ve bu kadar net dile getirilmemişti.

Mahcupyan: İç iletişim ve koordinasyon meselesi aslında bu. AK Parti buna benzer olayları bir çok kere yaşadı ama biz dışarıdan hiç birini duymadık. Bu sefer duyulduğu için problem oldu. Çünkü seçimlere doğru gidiliyor. Tekrarlanma ihtimali de yok bu olayın. Kalıcı bir etki yaratma ihtimali de yok. Ama AK Parti sonuçta doğru bir şey yapmamış olduğunu da görmüş oldu, geri adım attı, tedavi etti ve bir şey öğrendi. AK Parti öğrenen bir partidir. Ve Tayyip Bey halkın nabzını herhalde en iyi tutan bir kaç siyasetçilerden biri.

ZEIT ONLINE: Bu gerçekten sadece bir 'iç iletişim' meselesi miydi? Bülent Arınç Cumhurbaşkanı'na 'bu ülkede bir hükümet' olduğunu hatırlattı resmen. Kavga diye bir şey yoksa, bu mesajlar neden medya üzerinden veriliyor?

Mahcupyan: Bunu artık Tayyip Bey hatıralarını yayınladığı zaman net olarak öğreneceğiz (gülüyor).

ZEIT ONLINE: Geçenlerde Selahattin Demirtaş Cumhurbaşkanı'na yönelik 'Seni başkan yapmayacağız.' dedi. Bunu nasıl yorumluyorsunuz?

Mahcupyan: HDP'nin önünde iki tane yol var barajı geçmek için. Birinde çözüm sürecine sahip çıkıp, esas statüsünü burada kuracak ve o zaman bazı AK Parti'li Kürtlerin oyunu alabilir. Ya da biraz daha solcu liberal insanların oyunu alabilir. Burayı tercih etmediler. Onlar CHP'li seçmenin oyunu alarak devam etmek istiyorlar. Oradan oy alarak barajı geçmenin mümkün olduğunu düşünüyorlar. Ve CHP'li seçmen açısından da en önemli mesele Tayyip Erdoğan'ı başkan yapmamak. O yüzden de şu andaki söylem anti Tayyip Bey olmak.

ZEIT ONLINE: Bu da sonuçta stratejik bir karardır.

Mahcupyan: Sonuçta bu olay gerçekleşme noktasına geldiğinde, ve anayasayı konuştuğumuzda, Demirtaş çok rahatlıkla diyecektir ki 'Benim kastettiğim o başkanlık değil.' Biz burada doğru dürüst bir başkanlık sisteminde anlaşıyoruz, mesela valiler de seçimle gelecek, böyle bir başkanlık sistemine kim hayır der, değil mi? Demirtaş'ın kullandığı bir siyasetçi lafı, çok abartılacak bir şey olduğunu düşünmüyorum.

ZEIT ONLINE: Demirtaş'ı nasıl buluyorsunuz?

Mahcupyan: Benim beklentimin altında kaldı. Cumhurbaşkanlığı seçimi döneminde elde etmiş olduğu avantajları tam olarak siyasete tahvil edemedi diye düşünüyorum. Yeniden eski Kürt siyaseti içindeki ortadaki çocuk pozisyonuna doğru gitti. Ve burada da en önemli şey 6-8 Ekim olaylarıdır. Demirtaş'ın aslında bu tür bir çağrıda bulunmak istememesini biliyoruz. İstememesine rağmen bu çağrıyla ona yaptırdıklarını, daha sonra özür dilemeyi de ona yaptırdıklarını biliyoruz. Hareket; kendisinin olası bir parlak politikacısını aslında biraz törpülemiş oldu.

ZEIT ONLINE: Ama her şeye rağmen oy rakamlarını arttırabiliyor. Başarılı.

Mahcupyan: Oy bambaşka bir şey. Birçok insan barajı geçsin diye bakıyor. Neden? AK Parti'yi engellesin diye.

ZEIT ONLINE: Bu da seçmenin siyasi bir kararı sonuçta.

Mahcupyan: Tabii tabii, gayri meşru bir şey değil.

ZEIT ONLINE: Kürtlerle çözüm bulunabilecek mi?

Mahcupyan: Aslında Kürtlerle çözüm bulundu. Türkler Kürtlerle artık yaşamaya razılar bir kere, bu çok önemli. Toplum o eşliği geçmiş durumda. Çok olumlu bir nokta daha var: Bir kere iki heyet çok rahat, çok sık her şeyi konuşuyor karşılıklı. Hükümet tarafı ve HDP tarafı, Öcalan'ı da buraya koyabilirsiniz yani. Öcalan'ın Hakan Fidan'la

kurmuş olduđu ve gelişmiş olan o ilişki şaşırtıcı bir şekilde güvene dayalı bir ilişki olduđu anlaşıldı. İnsanların hayal bile edemeyeceğı bir şeydi. İki heyet karşılıklı anlaşınca iş bitmiyor ama, dönüp kendi taraflarını da bir yere hazırlamaları lazım. Bütün bunlar olurken AK Parti yine 45-50 almaya çalışıyor, ötekisi barajı geçmeye çalışıyor. Önümüzde seçimler olmasaydı daha yumuşak, rahat olabilecek bir görüşme ve anlaşma trafiğı olabilirdi muhtemelen. Kürt tabanına da bakmak lazım. 30 senedir zafer gelecek diye anlatılmış bir taban, şimdi barış geldi diyorlar. Biz bu maçı galip çıkacağız demişseniz, şimdi de 'Biz beraber yaşayacağız işte.' diyorsunuz. Bunu kabul ettirmek o kadar kolay değil. Bu da bir iç eğitim, iç tartışma, rehabilitasyon gerektiriyor.

ZEIT ONLINE:Ama Kürtler şu an başka bir zafer yaşıyorlar – IŞİD'e karşı.

Mahcupyan: Kalıcı bir şekilde kaldırılmazsa ben karşı tarafın 'zafer kazandık' dememesi taraftarıyım.

ZEIT ONLINE: Çok büyük bir adım atıldı ve çok büyük bir riske girildi, öyle değil mi?

Mahcupyan: Atıldı ve de çok önemli bir şey oldu: iş birliğiyle atıldı. Her türlü güvensizlik, çatışma ve suçlamaya rağmen Ak Parti ile Kürt siyaseti arasında bir iş birliği olduğı söylenebilir. Bu iş birliğinin bir sonucu da Süleyman Şah Türbesi'nin naklinin sorunsuz bir biçimde yapılmasıydı.

ZEIT ONLINE: Türkiye Rojava'dan neden bu kadar rahatsız oluyor o zaman?

Mahcupyan: Bir kere iç siyasetle dış siyasetin iç içe geçtiğı bir yer. Eğer siz PKK'yla anlaşamayacaksanız, PKK'nın Suriye'de de güçlü olmasını istemezsiniz. PYD geldi ve orada bir hükümdarlık kurdu. PYD demokratik bir sistem kurdu diyor ama onlardan kaçanlar gittikten sonra kurdu. DAESH hikayesi olduğı zaman Türkiye PYD'yi çoğulculuğa davet etti ve burada da direndi. Ve nitekim sonunda PYD Peşmerge'ye evet demek zorunda kaldı. İrili ufaklı ÖSO'nun unsurlarının yardımına evet dedi ve şu anda biliyoruz ki Rojava önümüzdeki dönemde eğer ayrı bir birim olacaksa daha çoğulcu bir birim olacak ve daha çoğulcu bir yapı içinde yöneltilecek ve buna Türkiye'nin bir itirazı yok. Türkiye doğal olarak burada herhangi bir silahlı gücün hakimiyeti altında bir komşu istemiyor. Orası demokratik yönetilecekse bence Türkiye her zaman Kürt bir komşuyu DAESH'e hatta Suriye'nin kendisine bile neredeyse tercih edecek noktaya geldi.

ZEIT ONLINE: Geçenlerde Berlin'de katıldığınız bir konferansta AK Parti'yi ve PKK'yı kastederek dediniz ki: 'Ne onlar demokrat, ne onlar.' Patronunuz bu tarz konuştuğunuzda kızıyor mu size?

Mahcupyan: Benim patronum Ahmet Davutoğlu ise, Ahmet Davutoğlu Türkiye'nin ne kadar demokrat olduğunu en az benim kadar biliyor. Bu konuda çok bir fikir ayrılığımız olduğunu hiç sanmıyorum. Kendini bilmek çok önemli bir şey. Zihniyet öyle kolay değişen bir şey değil. Demokratlığı beğeniyor olabiliriz, zaman zaman demokratça da davranabiliriz ama demokratik bir kültürümüz yok daha.